

Resolution

Berlin, 2. Dezember 2024

Resolution der AfD-Bildungspolitiker aus den Ländern und dem Bund

Siebzehntes interfraktionelles Treffen in Berlin

Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gegenüber sogenannten Agendawissenschaften

Die Bildungspolitiker der AfD-Landtagsfraktionen und der AfD-Bundestagsfraktion befassten sich bei ihrem Treffen mit dem Schwerpunktthema „Agendawissenschaften“ in der Wissenschaftspolitik.

Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften werden in zunehmendem Maße von einem Wissenschaftlertyp umgedeutet, der als Agendawissenschaftler charakterisiert werden kann. Ihm geht es nicht um Erkenntnisfortschritt im Sinne eines erweiterten Verständnisses seines Forschungsgegenstandes, sondern darum, mittels Indienstnahme von Forschung und Lehre ein ideologiegeleitetes gesellschaftspolitisches Programm voranzubringen. In den Kontext der Agendawissenschaften gehören die Postcolonial Studies, die Disability Studies, die Critical Whiteness Studies, die Queer Studies und – als Leitwissenschaft – die Gender Studies.

Regelmäßig sind es Anhänger der Agendawissenschaften, wie z. B. politisch motivierte Studenten, die vermeintliche Fälle von „Islamophobie“, „Transfeindlichkeit“ oder „Rassismus“ zum Vorwand nehmen, um Vorlesungen zu stören, Rufmord an Wissenschaftlern zu verüben, Dozenten niederzubrüllen oder sie gar körperlich zu bedrohen. Solche Vorfälle werden in einschlägigen Dokumentationen wie dem Academic Freedom Index jedoch nicht als Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit erfasst, wenn sie von akademischen Akteuren ausgehen.

Die Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens und wissenschaftlicher Argumentation, wie Objektivität, Ehrlichkeit, Überprüfbarkeit, Verständlichkeit, Relevanz, logische Argumentation, Fairness und Verantwortung, werden von den Agendawissenschaften nicht nur missachtet, sondern teils aktiv bekämpft. Die Förderung der Agendawissenschaften ist daher geeignet, ein repressives Lehr- und Meinungsklima an den Hochschulen zu erzeugen, das vor allem gegen traditionell arbeitende Wissenschaftler gerichtet ist.

Konkret fordern die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen:

- Die staatliche Förderung von „Agendawissenschaften“, wie insbesondere den Gender Studies, den Postcolonial Studies, den Disability Studies, den Critical Whiteness Studies und den Queer Studies, so bald wie möglich auslaufen zu lassen und die eingesparten Mittel in den Bereich der MINT-Wissenschaften umzuleiten.
- Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, die von akademischen Akteuren, wie insbesondere Hochschulangehörigen, ausgehen, als solche anzuerkennen und systematisch zu erfassen.